

Jochen Fuchs

Die Reichsbürger und ihre „Bewegung(en)“

Nachdem jahrelang die so genannten Reichsbürger hauptsächlich mehr oder weniger als „Spinner“ eingestuft worden sind, änderte sich diese Einschätzung spätestens seit den Schüssen von Georgensgmünd. Man begann sich ernsthaft(er) mit diesen auch als „Selbstverwalter“ bezeichneten Menschen zu befassen. Der Artikel versucht einen Überblick über die verschiedenen Strömungen zu geben. Gegenwärtig kann lediglich festgestellt werden, dass die „Reichsbürger“-Bewegung zu heterogen ist, um sie flächendeckend eindeutig einzuordnen. Es bleibt als Fazit also nicht viel mehr als die Feststellung, dass die Akteure dieser Bewegung sich nur insofern einig sind, als sie die legale Existenz der BRD verneinen und von der (Fort-)Existenz eines wie auch immer gearteten (Deutschen) Reiches überzeugt sind.

1. Georgensgmünd und Reuden: Zwei Fälle – oder zwei, drei viele Fälle?

Am frühen Morgen des 19. Oktobers 2016 kommt es in dem kleinen Ort Georgensgmünd in Bayern zu einem Schusswechsel zwischen einem Sondereinsatzkommando der Polizei und dem „Reichsbürger“ Wolfgang Plan (Mittelfranken Franken 2016). Sowohl der „Reichsbürger“ wie auch Polizisten des Spezialkommandos werden verletzt. Der „Reichsbürger“ wird festgenommen. Einer der Polizisten stirbt am folgenden Tag.

Diese Meldung geht nicht nur durch die gesamten bundesdeutschen Medien, sondern wird unter anderem auch von der BBC, von Le Monde sowie Le Figaro, in der Schweiz, Italien, Spanien, Skandinavien und Großbritannien, ja sogar in Mittelamerika aufgegriffen.

Was war der Hintergrund dieser Schießerei mit einem Todesopfer?

Unmittelbarer Anlass war der Versuch, dem „Reichsbürger“ seine gut 30 Schusswaffen zu konfiszieren.¹ Diese Waffen waren registriert. Der Jäger und Sportschütze Wolfgang Plan verfügte über einen Jagdschein und eine Waffenbesitzkarte. Bevor er arbeitslos wurde, betrieb er vorübergehend eine Kampfsportschule, die allerdings keinen geschäftlichen Erfolg hatte. Plan verfügt über einen Meistergrad im Wing Tsun, welches er auch an seiner Kampfsportschule unterrichtete. Im Herbst 2015 sollte er eine Versicherung an Eides statt zu seiner Vermögenslage, vulgo einen „Offenbarungseid“ leisten, was er aber nicht tat.

1 Zum „Bewaffnungsgrad“ von Reichsbürgern vgl. Janz / Speit (2017, S. 116 ff.).

Im Januar 2016 annoncierte er in der lokalen Zeitung. Er gab damit unter Eid eine Lebenderklärung² unter Bezugnahme auf die Bulle Unam Sanctam Catholicam und eine nicht genauer bezeichnete Päpstliche Bulle von 1540³ ab, wonach er ein lebendiger und beseelter Mensch aus Fleisch und Blut sei.⁴ Gleichzeitig verkündete er seine Ablehnung des Grundgesetzes. In der Folgezeit verweigerte er die Zahlung der Kfz-Steuern, gab seinen Ausweis der Kommune zurück und meldete sich von seinem Wohnsitz ab, obwohl er weiterhin in seinem von der Großmutter geerbten Haus wohnen blieb (Caspar und Neubauer 2017, S. 84 ff.). Dieses Haus erklärte er in einem Brief an den Landrat zu seinem „Reich“, in welchem er nicht den staatlichen Anordnungen unterworfen sei (Clauß et al. 2016; Sabinsky-Wolf 2016). Beflaggt wurde das Haus mit einer Art Familienwappen.

Als ein Zollbeamter einmal versuchte, von Wolfgang Plan die fällige Kfz-Steuer einzutreiben und einen „Hausbesuch“ machte, kam es zu folgendem „Dialog“:

Plan: „Wir reden jetzt erst mal darüber, dass Sie hier fremdes Staatsterritorium betreten.“

2 Derartige Erklärungen finden sich in leicht unterschiedlicher Form im Netz, vergleiche etwa: <https://volksbetrugpunktnet.files.wordpress.com/2013/09/lebenderklic-3b1runghinweisebittebeachten.pdf>. S. 3 (30.1.2018).

3 Möglicherweise handelt es sich dabei um die Gründungsbulle des Jesuitenordens („Regimini militantis ecclesiae“).

4 Siehe www.psiram.com/de/index.php/Wolfgang_Plan (30.1.2018).

Zollbeamter: „Herr Wolfgang⁵, ich fordere Sie zur Zahlung ...“

Plan: „Nein, nein.“

Zollbeamter: „Ansonsten gehma [sic!] wieder.“

Plan: „Allgemeine Rechtskunde.“

Zollbeamter: „Das war's, das war's.“

Plan: „Stehen Sie auf der gültigen Fassung des Grundgesetzes von 1949?“

Anderer Beamter: „Schönen Tag noch miteinander.“

Beamte ab. (Zitiert nach: Holzhaider 2017)

Im August 2016 reiste Wolfgang Plan dann zur Verteidigung des „Königreichs Ur“ nach Reuden (Gerbank 2016b). In Reuden hatte der aus Rumänien stammende Adrian Ursache, seit 2003 Ehemann der „Miss Germany 2000“ das verschuldete Haus und Grundstück seiner Schwiegereltern, welches am 17. Juni 2016 zwangsversteigert worden und in die Hände eines neuen Eigentümers übergegangen war, als Verweser des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 bis 1918 für unabhängig erklärt (Könau 2016). Adrian Ursache war einer der etlichen „Mister Germany 1998“. Beruflich war er Verkäufer von Mobiltelefonen und auch in der Solarbranche tätig. Zunächst hatte Adrian Ursache und sein gutes Dutzend Unterstützer eine „Invasion“ von Ur durch den „Feind“ in Person des Gerichtsvollziehers, der die Zwangsäumung durchsetzen wollte, verhindern können.

Am 25. August 2016 rückte aber der „Feind“ mit zwei Hundertschaften Polizei einschließlich einer SEK-Einheit (Sondereinsatzkommando) der „Firma BRD“ an. Gegen diese Übermacht half Ursache seine Schusswaffe⁶ genauso wenig wie seine Anrufung des Humanitären Komitees des Roten Kreuzes in Genf (Könau 2016). Er wurde vielmehr von Polizeikugeln schwer verletzt (Turner 2016) und nicht von einer Walküre, wohl aber von einem Rettungshubschrauber von der „Walstatt“ abtransportiert (Gerbank 2016a). Inzwischen ist Adrian Ursache vor den Schranken des Landgerichts in Halle gelandet, wo gegen ihn seit Anfang Oktober 2017 wegen versuchten Mordes verhandelt wird. Bis Ende November 2018 sind weitere Verhandlungen terminiert (Stand 12.11.18).

Dem anschließend wieder in sein „Reich“ zurückgekehrten Wolfgang Plan war inzwischen das Recht zum Waffenbesitz entzogen worden. Der oben erwähnte Polizeieinsatz vom 19. Oktober 2016 hatte mit dem Ziel stattgefunden, das Waffenarsenal von Wolfgang Plan zu beschlagnahmen. Zwar war es Wolfgang Plan dabei gelungen, der Gegenseite größere Verluste als sein Kollege Adrian Ursache, dem König von Ur, beizubringen, gleichwohl hatte Wolfgang Plan den „Untergang“ seines „Reiches“ genauso wenig verhindern können wie jener.

Ab August 2017 saß Wolfgang Plan in Nürnberg auf der Anklagebank, auf welcher einst schon Hermann Göring saß.⁷ Das Landgericht verurteilte ihn nach einem relativ kurzen Prozess im Oktober schließlich u.a. wegen Mordes und zweifachen versuchten Mordes zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe (Britzelmeier 2017), wobei das Urteil bislang noch nicht rechtskräftig ist, da sowohl die Staatsanwaltschaft wie Plan Revision eingelegt haben. Seinem Vorbringen, er habe an einen Überfall auf sein Anwesen geglaubt und sich deshalb gewehrt, wurde vom Landgericht nach einem Ortstermin und nachgestellter Polizeiaktion kein Glauben geschenkt.

In Halle dagegen entwickeln sich die Dinge in eine etwas andere Richtung. Das Verfahren findet in einem viel zu kleinen Gerichtssaal statt. Man möchte wohl vermeiden, dass zu viele „Reichsbürger“ dem Prozess beiwohnen können. Vor den Toren des Gerichtsgebäudes, ein Kleinod des wilhelminischen Historismus, halten „Reichsbürger“ Kundgebungen ab, die die Freilassung des „politischen Gefangenen“ Adrian Ursache fordern. Dieser wiederum wird mitunter mit Fußfesseln unter Bedeckung von mit Maschinenpistolen ausgestatteten Vertretern des staatlich finanzierten sachsenanhaltinischen „Schwarzen Blocks“ in die „Arena“ geführt, wo er sich aber weigert, Platz zu nehmen, dafür aber seine Eskorte wahlweise mit dem Grundgesetz oder der Verfassung der DDR konfrontiert und sich gegenüber den Juristen des „Feindes“ im Saal als juristischer Aufklärer geriert. Sein Wahlverteidiger, Burschenschaftler, ehemaliges Mitglied der DSU (Deutsche Soziale Union) und der Republikaner, momentan Stadtrat für „Pro Chemnitz“ im ehemaligen Karl-Marx-Stadt und mit Frank Rennieke, einem der Lieblingsbarde der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), verhandelt, müht sich redlich, in Zusammenarbeit mit seinem Mandanten alle gängigen Stereotypen zu erfüllen, während der Zuschauerbereich durch verummte Polizisten von der „Gerichtsbühne“ abgeriegelt wird.

Den beiden Pflichtverteidigern des Angeklagten ist es dagegen in den letzten Monaten gelungen, etliche Schlampereien und Versäumnisse und nicht zuletzt die ungeheure Arroganz der SEK'ler offenzulegen, die sich anscheinend weniger dem Recht denn den Befehlen ihrer Vorgesetzten verpflichtet fühlen (vgl. Könau 2017). Zum Einsatz kam wohl auch so genannte Action-Munition, die eine vergleichbare Wirkung wie die seit der Haager Friedenskonferenz 1899 verbotenen Dum-Dum-Geschosse aufweist, was, wären diese aufpilzenden Teilmantelgeschosse nicht im Frieden, sondern an der Front verwendet worden, ein Kriegsverbrechen dargestellt hätte.

Eine nahezu durchweg schlechte Figur (nicht nur wegen ihrer Perücken, die partiell aus dem Fundus eines B-Movies

5 Bemerkenswert ist, dass der Beamte hier die unter einem Teil der Reichsbürger übliche Anrede unter Verzicht auf den Nachnamen nutzte.

6 Entgegen den ersten Darstellungen der Polizei sind inzwischen nicht unerhebliche Zweifel hinsichtlich der Frage aufgetaucht, ob aus der Waffe von Ursache überhaupt ein Schuss abgegeben worden war, bevor er von den SEK'lern niedergebhallert wurde. Vgl. dazu: Seifert (2018).

7 Auch ideologisch scheint sich die Weltsicht des Wolfgang Plan nicht total konträr zu jener seines 1934 zum Reichsjägermeister und Obersten Beauftragten für den Naturschutz avancierten „Vorsitzers“ zu sein: Hiervon zeugen seine Kontakte jenseits des Reichsbürgermilieus zur Pegida-Bewegung, seine antisemitische Hetze und „szenetypischen“ Bedrohungen gegenüber Repräsentanten bürgerlicher Parteien. Vgl. Röpke (2018, S. 162 f.)

über Agenten im Kalten Krieg der 1960er-Jahre zu stammen scheinen) machen bei ihren Aussagen die als Zeugen geladenen Mitglieder der sachsen-anhaltinischen SEK, die nur unter Codes wie bspw. ST 326 oder 321 auftreten und sich mitunter zu solch lustigen Definition wie eben jene versteigen, wonach unter Deeskalation die Aufforderung zu verstehen sei, dass das Gegenüber angesichts einer auf ihn gerichteten Schusswaffe seine Waffe niederlegen soll.

So weit, so gut. Oder etwa nicht? Diese beiden Fälle haben breite Aufmerksamkeit erregt – nicht nur in der BRD, sondern auch auf internationaler Ebene.

Auf den ersten Blick erscheinen sie eher skurril. In den Strafverfahren ging und geht es wie im Fall Breivik (vgl. Schulte von Drach 2012) um die Frage, inwieweit die Täter bei ihren Handlungen zurechnungsfähig gewesen sind. Dies wurde im Fall Plan bejaht⁸ und auch bei Adrian Ursache sieht es – zumindest zu Beginn des Prozesses – so aus, als ob er mit einem Schuldspruch zu rechnen hat.

Der Fall von Georgensgmünd wirft allerdings jenseits der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Wolfgang Plan weitere Fragen auf.

Bei den Ermittlungen stellte es sich heraus, dass Wolfgang Plan im Vorfeld der Tat nicht bloß mit dem „König von Ur“ vernetzt war, sondern auch Beziehungen zu weiteren Personen hatte. Dabei handelte es sich nicht nur um Personen, die in ähnlichen Verhältnissen wie Plan oder Ursache lebten und sich vor allem in eher obskuren Kreisen unter ihresgleichen bewegten, sondern es waren auch Personen, die in „staats-tragenden“ Funktionen angesiedelt waren.

Wolfgang Plan hatte so etwa über eine WhatsApp-Gruppe auch Kontakt zu mindestens zwei Polizeibeamten und dieser Kontakt beschränkte sich keineswegs bloß auf den Austausch von Statements politischer oder auch unpolitischer Art. Einer der Beamten durchforstete vielmehr in seinem Auftrag die Dateien der Polizei danach, was in ihnen über ihn gespeichert war und informierte den „Reichsbürger“ Plan anschließend darüber (Schäffer 2016).

Nachdem dies ans Licht gekommen war, wurden die Wohnungen sowie die Diensträume des Ober- sowie des Hauptkommissars durchsucht und dabei verbotene Waffen gefunden. Zunächst war nur wegen des möglichen Verrats von Dienstgeheimnissen ermittelt worden. Inzwischen wird von der Staatsanwaltschaft der Kommissar auch der Beihilfe zum Totschlag durch Unterlassen verdächtigt. Ihm wird vorgeworfen, dass er seine Kollegen vor der Stürmung des Hauses in Georgensgmünd wider besseres Wissen nicht gewarnt hatte (Georgensgmünd Staatsanwaltschaft 2017).

Und diese beiden Kommissare sind anscheinend nicht die einzigen „Menschen“ in Bayern aus dieser Berufsgruppe, die in der einen oder anderen Weise mit „Reichsbürgern“ pak-

tieren.⁹ Und Bayern ist auch nicht das einzige Bundesland, in dem alimentierte Staatsdiener mit vom Fiskus bezahlten Waffen herumlaufen und „in Wahrheit“ einem ganz anderen „Staat“ anhängen. So hat wohl auch Sachsen-Anhalt seine „Reichsbürger in Uniform“. Momentan laufen jedenfalls vier Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte (Reichsbürger bei der Polizei 2017), die den „Reichsbürgern“ – oder „Selbstverwaltern“, so der Begriff, den die Bundesregierung üblicherweise nutzt – verbunden sind. Polizisten sind nicht die einzigen mehr oder weniger respektablen Bürger, die der „BRD-GmbH“ ihre Loyalität aufgekündigt haben. So hat inzwischen auch die anthroposophische Szene der so genannten „Freien“ Waldorfschulen „ihren eigenen“ Reichsbürger (vgl. Speit 2017b, S. 7 und 10).

Zu dem Kreis der bayerischen „Reichsbeamten im Schafspelz“ dürfte auch der inzwischen vom Dienst suspendierte Polizeihauptkommissar Harald Schreyer zählen. Er war Seminarleiter im Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei (BPF) in Ainring (Reichsbürger bei der Polizei 2016), wo ein Großteil der Polizeibeamten des Bundeslandes ihre weiterführende Schulung erhält. Daneben hielt er auch bei einer Versammlung der zumindest zum Umfeld der „Reichsbürger“ gehörenden „Heimatgemeinde Chiemgau“ Vorträge und gab Rechtstipps. Die Angehörigen der „Heimatgemeinde Chiemgau“ sehen sich als Reichsdeutsche, die dem in ihren Augen nie aufgelösten Deutschen Reich von 1871 angehören. Sie vergeben unter sich Titel wie etwa „Oberamtsrat“ und lehnen es wie auch der Schütze von Georgensgmünd ab, neben ihrem Vornamen einen Nachnamen zu führen. Anstelle des Nachnamens wird der Herkunftsort genannt, so dass bspw. aus dem „Botschafter“ bzw. dem Angehörigen des „Amtes für Außenministerium“ namens Gerold Kraus ein „Gerold von Heidelberg“ wird. Ferner weigert man sich amtliche Kfz-Kennzeichen zu nutzen. Diese werden durch grüne Schilder mit der Aufschrift „MENSCH“ ersetzt. Auch Reisepässe und Personalausweise werden von ihnen als Symbole der BRD, in ihren Augen kein Staat, sondern eine Firma, abgelehnt, zurückgegeben oder zerschnitten, da ein nicht existenter Staat logischerweise auch keine wirklich staatlichen Ausweise ausstellen kann. Wer gleichwohl meint, nicht auf einen Ausweis verzichten zu können, für den stellt die „Heimatgemeinde Chiemgau“ gegen eine Gebühr „alternative“ Ausweise des „Amtes Deutscher Heimatbund“ aus (Eichstädter 2016).

Wer sind die „Reichsbürger“ – psychisch Kranke, Faschisten, Esoteriker, Querulanten, Polizisten oder Polizistenmörder – und wie viele gibt es von ihnen?

Dies zu beantworten ist nicht einfach, wenn nicht gar unmöglich, da die „Reichsbürger“ eher lokal agieren, in viele Gruppen und Grüppchen zersplittert sind und recht viele Betätigungsfelder haben (vgl. Wilking 2017, S. 99 ff.). Insofern ist es auch nahezu unmöglich, etwas über die Anzahl

⁸ Zwar berichtete der Psychiater Michael Wörthmüller vor Gericht unter anderem von einer erheblichen Gewalterfahrung des Angeklagten Plan, was ihm allerdings nicht genügte, Plan die volle Schuldfähigkeit abzusprechen (vgl. Löw 2017).

⁹ Entsprechende Erkenntnisse werden in der Regel nicht von ihren unmittelbaren Kollegen gemeldet. Nicht selten bringen etwa Landratsämter den Stein ins Rollen. Vgl. Schnell (2016). Der Korpsgeist scheint auch „Reichskollegen“ zu schützen – Truppe schießt nun mal nicht auf Truppe.

von Menschen auszusagen, die dieser Bewegung zuzurechnen sind. So ging zu Beginn des Jahres 2017 bspw. Irene Mihalic, die Innenexpertin der Bundestagsfraktion der Grünen, von etwa 10.000 Personen im gesamten Bundesgebiet aus (Braun 2017). Aus Thüringen wurden Ende 2015 „mehrere hundert Anhänger“ gemeldet (Haak 2015), der Innenminister von Bayern schätzte im Dezember 2016 die Zahl der „Reichsbürger“ in seinem Bundesland auf 1.700,¹⁰ und in Berlin bzw. Brandenburg spricht man zu dieser Zeit von 100 bzw. 200 Aktiven,¹¹ wobei es Anfang 2013 in Brandenburg nur etwa die Hälfte gewesen sein sollen.¹²

Ab Mitte 2017 sind in allen neueren Untersuchungen die Zahlen nach oben korrigiert worden. Ende Januar 2018 konstatierte der Präsident der „Schlapphüte“ auf Bundesebene, dass die Zahl der „Reichsbürger“ allein während des Jahres 2017 um 65 Prozent auf nun über 16.500 gestiegen sei (Decker 2018). Die absoluten Zahlen – auch die neueren – sind aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht belastbar. Hierfür sprechen nicht zuletzt die jahrelangen Erfahrungen mit den unterschiedlichen Definitionen und dem zudem stark divergierenden Meldeverhalten in den verschiedenen Bundesländern hinsichtlich der Opfer rechter Gewalt (vgl. Bundesregierung 2018).

Ein vergleichbares Muster liegt auch im Falle der „Reichsbürger“ vor: So nimmt Bayern etwa Mitte Februar 2017 für sich in Anspruch, dass man das Bundesland sei, welches am schärfsten gegen „Reichsbürger“ vorgehe. Lediglich gute drei Monate später wurden neue Zahlen angegeben: 1.700 eindeutige „Reichsbürger“ – darunter 15 Polizisten und vier weitere Staatsbedienstete sowie 1.600 „Überprüfungsfälle“ soll es geben. Ansonsten wird noch mitgeteilt, dass der harte Kern von 200 Personen gebildet wird, 40 Personen eindeutig rechtsextrem seien und mindestens 130 Personen unter ihnen über Schusswaffen verfügen (Wittl 2017). Am 9. Oktober 2018 spricht die SZ von 4.200 „Reichsbürgern“ allein in Bayern (Pinkert / Steinke 2018).

Auch die Ergebnisse einer Umfrage der Rheinischen Post bei Innenministerien verschiedener Bundesländer spricht dafür: Hessen und Sachsen hatten Ende 2016 noch gar keine Zahlen, während Nordrhein-Westfalen gerade von 200 bis 300 Anhängern ausging und Baden-Württemberg 650 „Reichsbürger“ meldete. Hält man sich die völlig unterschiedlichen Einwohnerzahlen dieser Bundesländer vor Augen, so zeugen die gemeldeten Zahlen eher von einem unterschiedlichen „Meldewesen“ denn von unterschiedlichen „Lagebildern“.

Fragt man danach, welchen Aktivitäten „Reichsbürger“ nachgehen, so ist die Palette recht breit, wobei zu berücksichtigen ist, dass natürlich vor allem die besonders bizarren und spektakulären Fälle bekannt werden. Nicht untypisch sind die schon eingangs beschriebenen Tätigkeiten wie der Vertrieb und die Nutzung von (Phantasie-)Ausweisen, die

Verweigerung der Nutzung amtlicher Papiere oder Kennzeichen, die Verteilung von „Ämtern“, die Unterzeichnung von Erklärungen, die regelmäßig mit seltsam anmutenden Rechtsbegriffen angereichert sind und die Verweigerung der Bezahlung von Steuern, Gebühren, Bußgeldern, etc. und die Gründung von „Staaten“. Gerne betätigt man sich auch propagandistisch sowohl im Internet wie auch in „analoger“ Form und unterstützt „Opfer“ des Systems, indem man ihnen bspw. bei Gerichtsverhandlungen „den Rücken stärkt“ oder sie bei ihrem Widerstand gegen staatliche Zwangsmaßnahmen verbal oder auch „tatkräftig“ unterstützt (vgl. BT-Drs. 17/11970, S. 3 ff.; Frigelj 2015).

Einzelne Aktionen von „Reichsbürgern“ sind etwa:

- Unter anderem in Thüringen (Schauka 2016) werden vor allem Polizeibeamte 2016 mit maltesischen „Mahnbescheiden“ in Millionenhöhe überzogen (vgl. Caspar / Neubauer 2017, S. 82 ff.).
- Ein „Kommissarisches Reichsgericht“ verurteilt 2004 Mitglieder der Landesregierung von Sachsen-Anhalt sowie Angehörige der Justiz und der Verwaltung zum Tode (Ministerium Sachsen-Anhalt 2015, S. 28 ff.).
- Ein Mitglied der „SS-Zeitreisdivision ‚Hans Kammler‘“ informiert die Behörden, dass er über Massenvernichtungswaffen verfüge. In einem weiteren Schreiben meldet er sich ins Jahr 1945 ab und kündigt eine Rückkehr für 2018 an, worauf er sich dann erhängt (Haak 2015; Keil 2015, S. 47 ff.).
- Der Bürgermeister von Warin erhält 2010 Morddrohungen, weil er verhindern will, dass ein Grundstück in seinem Ort in die Hände der „Interim Partei Deutschland“ übergeht. Als erster Vorsitzender der Partei fungiert ein Edgar R. Ludowici alias Graf von Roit zu Hoya. Führende Mitglieder der Partei organisieren Vorträge über gesunde Lebensweisen und kämpfen gegen die GEZ-Gebühren (Büddig 2007; Keller 2017, S. 59).
- Ein Trupp des „Deutschen Polizei Hilfswerk“ (vgl. Wilking 2017, S. 99 und 104), dem auch ein Mitglied der weit rechts stehenden Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) des Scharfmachers Rainer Wendt angehört, nimmt im sächsischen Bärwalde Ende 2012 einen Gerichtsvollzieher, der bei einem Schuldner Forderungen eintreiben will, fest und fesselt ihn mit Kabelbindern, da sie in ihm lediglich einen „Vorgeblichen Gerichtsvollzieher“ sehen (Honnigfort 2012).
- 300 märkische Schulen werden 2012/13 zur „Vorsorge im Ernstfall“ aufgefordert, da man sich immer noch im Kriegszustand befinde. Die Briefe werden auf „besondere Anordnung der Reichsregierung“ verschickt (Gärtner 2013).
- Der Verein „Ganzheitliche Wege“ im Umfeld des „Königreichs Deutschland“ gibt als ein alternatives „Tauschmittel“ zum Euro „Engelgeld“ heraus (Rindfleisch 2011).
- Zum Nationalfeiertag tritt der nicht gerade unbekannt Sängler Xavier Naidoo, der mit den „Söhnen Mannheims“

10 In Bayern gibt es mehr als 1.700 „Reichsbürger“ (2016).

11 Auch in Berlin und Brandenburg sind die „Reichsbürger“ aktiv (2016).

12 Noch Ende der Nuller-Jahre seien in Brandenburg „Reichsbürger“ sogar nur als absolute Einzelfälle zu registrieren gewesen. Vgl. Bischoff (2013).

groß geworden ist, bei zwei Veranstaltungen auf, die maßgeblich von „Reichsbürgern“ dominiert wurden (Markwardt 2014).

- Peter Fitzek, seines Zeichens „König von Deutschland“ und ehemaliger Koch und Karatelehrer, der bei der Wahl zum Oberbürgermeister 2007 in der Lutherstadt Wittenberg 0,7 Prozent der Stimmen auf sich hatte vereinigen können, betreibt bis 2017 mehrere Jahre lang nicht nur ein Lichtzentrum und eine Krankenversicherung namens „Neudeutsche Gesundheitskasse“ für seine ihm treu ergebenen und seine Projekte tapfer bis zum bitteren Ende finanzierenden Anhänger (Baeck 2017, S. 62 ff.), sondern auch eine „Königliche Reichsbank“ in Wittenberg (Kensche 2016) – Organe der „BRD-GmbH“ schreiten trotz offenkundiger Rechtsverstöße de facto praktisch nicht ernsthaft ein.
- Ein keltischer Druide, der sich als „Burgos von Buchonia“ bezeichnet und vor einem knappen Jahrzehnt noch unter seinem „bürgerlichen“ Namen Karl Burghard Bangert auf einer SPD-Liste für den Stadtrat von Bischofsheim kandidierte, wird im Januar 2017 verhaftet, da er der Kopf einer Gruppe sein soll, die seit geraumer Zeit Angriffe auf Polizisten, Juden und Asylsuchende plante. Zeitweilig führte der Generalbundesanwalt die Ermittlungen gegen diese Gruppe auf der Basis des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (Braun 2017).
- Horst Mahler, einst Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes, nacheinander Mitglied einer schlagenden Burschenschaft, der SPD und des SDS, vertrat als Rechtsanwalt zunächst Mandanten aus der Wirtschaft, anschließend dann aus der APO und der RAF und schloss sich dann der RAF an und absolvierte eine Kampfausbildung in Jordanien. Nach einer langjährigen Haftstrafe kam er 1980 frei, arbeitete später als Anwalt und sympathisierte mit der FDP. Gegen Ende der 1990er-Jahre wandte er sich der NPD zu, die er auch erfolgreich im ersten gegen die NPD gerichteten Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat. Anschließend trat er aus Protest gegen die parlamentarische Orientierung aus der NPD aus und versandte dann Ende 2003 die „Verkündigung der Reichsbürgerbewegung“. Die grundlegende These lautet: „Das Deutsche Reich besteht fort“, so dass die BRD kein Staat sei, sondern – nach Carlo Schmid – nur eine „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“. Nachdem er wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nach mehreren Jahren im Strafvollzug (Verurteilungen u.a. wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) auf freien Fuß gesetzt worden war, hatte er im Frühjahr 2017 vergeblich versucht, in Ungarn Asyl zu erhalten und befindet sich seit Mitte 2017 wieder in Brandenburg an der Havel in Haft (Begrich / Speit 2017, S. 22 f.).

Wendet man den Blick von diesen hier exemplarisch dargestellten mehr oder weniger spektakulären Aktionen ab und versucht, einen Überblick über die in diesem Feld aktiven

Gruppierungen zu gewinnen, so bietet sich ein ebenso „buntes“ Bild. Da treten u.a. auf (in Klammer der Name der jeweils „führenden“ Person):

- Die kommissarische Reichsregierung (Wolfgang Gerhard Günter Ebel)
- Die Exilregierung Deutsches Reich – Kaiserreich (Norbert Rudolf Schittke)
- Das Königreich Deutschland (Peter Fitzek)
- Die Republik Freies Deutschland (Peter Frühwald)
- Die Reichsbürgerbewegung (Horst Mahler und Sylvia Stolz)
- Das Deutsche Polizei Hilfswerk (Volker Schöne)
- Das Bewusst.TV (Johannes Conrad)

Daneben agieren noch folgende Gruppen / Einrichtungen: „Staatenlos“, Volksbundesrat, Geschäftsführende Deutsche Nationalversammlung, Volksbewegung Dem Deutschen Volke, Selbstverwaltung Deutsches Reich, Volksdeutschland, Staat Germanitien, Partei „Deutsche Nationalversammlung“, Interim Partei Deutschland, Der Runde Tisch, Das Deutschlandprojekt.

In Brandenburg wurden jüngst neue Kleinstaaten gegründet: „Gebietskörperschaft Oranienburg“, „Stadtgemeinde Cottbus“ und „Landgemeinde Hosena“.

Vor allem im Netz aktiv sind bzw. waren

- die Deutsche Pressestelle für Völkerrechte und Menschenrechte,
- die Website „Unglaublichkeiten“ Neuschwabenland Forum und
- der Blog „Der Honigmann sagt“ (Rathje 2014, S. 6).

Eine gemeinsame Stoßrichtung ist kaum auszumachen. Manchmal scheint das Merchandising im Vordergrund zu stehen, manchmal die Lust am (oder auch der „Zwang“ zum) Querulantum, manchmal die ideologische „Aufladung“ des eigenen „Ausstiegs“ aus der (Mehrheits-)Gesellschaft.

Dies darf nicht dazu führen, dass man die politischen Positionen der Gruppen ignoriert bzw. lediglich als „Spinnereien“ abtut (Keil 2015, S. 83 f.). Lange Zeit scheint eine derartige „Verdrängungstendenz“ vorherrschend gewesen zu sein (Wellsow 2017, S. 160 f.; Röpke 2018, S. 158 ff.), und erst aufgrund der spektakulären Aktionen einzelner „Reichsbürger“ – insbesondere während des vergangenen Jahres – scheint sich daran etwas zu ändern.

Kurioserweise scheinen sich insoweit die Bundesregierung und antifaschistische Gruppen nur wenig zu unterscheiden. So haben die Grünen auf Bundesebene aus den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage geschlossen, dass die Regierung „bis vor Kurzem vor allem nichts wusste über die Bewegung“ (zitiert nach Braun 2017). Recherchiert man in den Publikationen der Antifa, so ist die Informationslage ebenfalls nicht sehr umfassend. Etwa in der „LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen“ findet sich zwischen 2010 und 2017 gerade ein Artikel zum Thema und im AIB, dem „Antifaschistischen Infoblatt“ aus Berlin sind es in diesem Zeitraum gerade vier Artikel gewesen, die sich mit dem Thema „Reichsbürger“ beschäftigen.

Zusammenfassend kann also momentan lediglich festgestellt werden, dass die „Reichsbürger“-Bewegung zu heterogen ist, um sie flächendeckend eindeutig einzuordnen. Es bleibt als Fazit also nicht viel mehr als die Feststellung, dass die Akteure dieser Bewegung sich nur insofern einig sind, als sie die legale Existenz der BRD verneinen und von der (Fort-)Existenz eines wie auch immer gearteten (Deutschen) Reiches überzeugt sind (Wilking 2015b, S. 176).

Literatur

- „Reichsbürger“ horten Waffen, in: taz – Die Tageszeitung vom 29.11.2016
- Auch in Berlin und Brandenburg sind die „Reichsbürger“ aktiv, in: Berliner Morgenpost vom 19.10.2016
- Baack, Jean-Philipp (2017): Wenn er König von Deutschland wär“ – Peter Fitzek und sein Imperium in Wittenberg, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 62 ff.
- Begrich, David / Speit, Andreas (2017): „Heiliges Deutsches Reich“ – Reichsidee und Reichsideologie der extremen Rechten, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 22 ff.
- Bischoff, Katrin (2013): Reichsbürger – Jetzt gibt es Hausverbot, in: Berliner Zeitung vom 28.2.2013
- Braun, Stefan (2017): „Sie stellen das Gemeinwesen grundsätzlich infrage“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.2.2017
- Britzelmeier, Elisa (2017): Prozess in Nürnberg – Wie die „Reichsbürger“ zur Bedrohung wurden, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.10.2017
- Büddig, Cornelia (2007): Rechtsextreme am Waldrand, in: Hamburger Abendblatt vom 5.2.2007
- Bundesregierung korrigiert Opferzahl rechter Gewalt nach oben, in: ZEIT ONLINE vom 27.7.2015 (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-07/rechte-gewalt-zahl-der-toetungsdelikte-bundesregierung; 2.10.2018)
- Caspar, Christa / Neubauer, Reinhard (2012): Durchs wilde Absurdistan – oder: Wie „Reichsbürger“ den Fortbestand des Deutschen Reiches beweisen wollen, in: Landes- und Kommunalverwaltung (LKV), Heft 12/2012, S. 529 ff.
- Caspar, Christa / Neubauer, Reinhard (2015): Durchs wilde Absurdistan – Was ist zu tun, wenn „Reichsbürger“ und öffentliche Verwaltung aufeinandertreffen, in: Dirk Wilking (Hrsg.) (2015a), S. 93 ff.
- Caspar, Christa / Neubauer, Reinhard (2017): Reichsbürger contra öffentliche Verwaltung – Erfahrungen und Argumentationen in der praktischen Auseinandersetzung, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 79 ff.
- Clauß, Anna / Friedmann, Jan / Menke, Birger (2016): Die krude Welt des Wolfgang P, in: Spiegel online vom 19.10.2016. (www.spiegel.de/panorama/justiz/reichsbuerger-aus-georgensgmueund-die-krude-welt-des-wolfgang-p-a-1117421.html; 30.1.2018)
- Decker, Markus (2018): Verfassungsschutzbericht – Zahl der Reichsbürger steigt immer weiter an, in: Berliner Zeitung vom 24.7.2018
- Eckert, Marion (2017): Bischofsheim – „Rhöner Druide“ festgenommen, in: Rhön u. Saalepost vom 26.1.2017
- Eichstädter, Xaver (2016): Die „Reichsdeutschen“ der Heimatgemeinde Chiemgau – Das sind die „Verrückten“ mit den Fantasiekennzeichen, in: Chiemgau24.de vom 17.2.2016, in der aktualisierten Fassung vom 17.11.2016 unter www.chiemgau24.de/chiemgau/chiemsee/bad-endorf-ort49941/endorf-besuch-reichsdeutschen-heimatgemeinde-chiemgau-6132323.html; 31.1.2018
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (1956/1987): Herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Band 5/Band 77, Tübingen: Mohr Siebeck
- Eschenburg, Theodor (1956): Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart: Schwab
- Frasch, Timo / Soldt, Rüdiger (2017): Keltischer Druide – Rechtsextreme sollen Anschläge geplant haben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.1.2017
- Frigelj, Kristian (2015): Was die Reichsbürger wirklich glauben, in: Die Welt vom 16.5.2015
- Gärtner, Peter (2013): Auf Kriegsfuß mit der Bundesrepublik, in: Südwest Presse vom 14.2.2013
- Georgensgmünd Staatsanwaltschaft (2017): Polizist hätte tödlichen Reichsbürger-Angriff verhindern können, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.1.2017
- Gerbank, Torsten (2016a): Schüsse bei Räumungsversuch – Polizeieinsatz im „Königreich Ur“ eskaliert, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 25.8.2016
- Gerbank, Torsten (2016b): Reichsbürger – Was Adrian Ursache und ein Polizistenmörder miteinander zu tun hatten, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 4.12.2016
- Haak, Sebastian (2015): Hunderte „Reichsbürger“ in Thüringen – Verbindungen zur rechten Szene, in: Thüringische Landeszeitung vom 1.12.2015
- Hartwig, Johannes (2015): „Das Deutsche Reich besteht fort“ – Die Reichsbürgerbewegung, in: Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen. Nr. 60 (Herbst 2015) (www.lotta-magazin.de/ausgabe/60/das-deutsche-reich-besteht-fort; 17.10.2018)
- Holzhaider, Hans (2017): Das Gesetz bin ich, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.10.2017
- Honnigfort, Bernhard (2012): Neue Rechte – Sie nennen sich Reichsbürger, in: Berliner Zeitung vom 11.12.2012
- Hüllen, Michael / Homburg, Heiko / Krüger, Yasemin Desiree (2015): „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus und Staatsverdrossenheit, in: Dirk Wilking (Hrsg.) (2015a), S. 13 ff.
- In Bayern gibt es mehr als 1700 „Reichsbürger“ (2016), in: Süddeutsche Zeitung vom 24.11.2016
- Janz, Carsten / Speit, Andreas: „Wir sind im Krieg“ – Waffen innerhalb der Szene (2017), in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 115 ff.
- Keil, Jan-Gerrit (2015): Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen der „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht, in: Dirk Wilking (Hrsg.) (2015a), S. 39 ff.
- Keller, Gabriela (2017): Sonnenstaat und Lichtgestalten – Begegnungen und Gespräche mit prägenden Figuren der Szene, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 41 ff.
- Kensche, Christine (2016): Die Spinnereien des „Königs von Deutschland“, in: Die Welt vom 24.2.2016
- Klee, Ernst (2003): Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag
- Könau, Steffen: Adrian Ursache – Wie aus Mister Germany ein „Staatsmann“ wurde, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 15.12.2016

- Könau, Steffen (2017): Prozess gegen Adrian Ursache – Verdacht gegen SEK: Decken sich Polizisten gegenseitig?, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 30.12.2017
- Löw, Ulrich (2017): Nürnberg, Georgsmünd: „Reichsbürger“-Prozess: Die Fakten und Hintergründe, in: Nürnberger Nachrichten vom 18.10.2017
- Lutz-Temsch, Birgit (2010): Morddrohungen gegen Bürgermeister, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.5.2010
- Markwardt, Nils (2014): Xavier Naidoo: Oh, wie böse ist das System, in: Die Zeit vom 14.10.2014
- Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2015): Reichsbürger – Sonderlinge oder Teil der rechtsextremen Bewegung? Tagungsband zur Fachtagung am 8. Oktober 2014. Magdeburg
- Mittelfranken Franken (2016): „Reichsbürger“ schießt zwei Polizisten nieder, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.10.2016
- Nothofer, Saskia (2016): Mindestens 4500 „Reichsbürger“ leben in Deutschland, in: RP.ONLINE vom 13.12.2016 (www.rp-online.de/politik/deutschland/4500-reichsbuerger-gibt-es-in-deutschland-bis-zu-300-in-nrw-aid-1.6461346; 31.1.2018)
- Pinkert, Reiko / Steinke, Ronen (2018): Reichsbürger und ihre Waffen – der Bundesländer-Check, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.10.2018
- Rathje, Jan (2014): „Wir sind wieder da“ – Die Reichsbürger“ – Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien (Amadeu Antonio Stiftung, Hrsg.). Berlin
- Rathje, Jan (2017): Die vermeintlichen „Mächte im Hintergrund“, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 133 ff.
- Reichsbürger bei der Polizei – Dieser Chiemgauer wurde schon suspendiert (2016), in: Münchner Merkur vom 22.10.2016
- Reichsbürger bei der Polizei (2017), in: Volksstimme Magdeburg vom 4.11.2017
- Rindfleisch, Sven (2011): Wiesbaden – Esoterik-Verein entwickelt „Engelgeld“ als alternative Währung, in: Wiesbadener Kurier vom 20.7.2011
- Röpke, Andrea (2018): 2018 – Jahrbuch Rechte Gewalt – Chronik des Hasses, München: Knaur
- Sabinsky-Wolf, Holger (2016): Wer ist der „Reichsbürger“ aus Mittelfranken?, in: Augsburgener Allgemeine vom 19.10.2016
- Schäffer, Albert (2016): Reichsbürger in Bayern – Ein Abgrund an Polizeiverrat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.11.2016
- Schauka, Frank (2016): „Reichsbürger“ attackieren Polizei mit Millionen-Forderungen, in: Thüringer Allgemeine vom 28.10.2016
- Schnell, Lisa (2016): Wenn Polizisten an das „Reich“ glauben, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.10.2016
- Schulte von Drach, Markus C. (2012): Gutachterstreit um Anders Behring Breivik Verrückt oder böse?, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.4.2012
- Schulze, Alexander (2015): Die „Reichsbürger“-Bewegung in Sachsen, in: Dirk Wilking (Hrsg.) (2015a), S. 197 ff.
- Seifert, Andre (2018): Landgericht Halle Prozess gegen „Reichsbürger“ Adrian Ursache fortgesetzt, in: mdr Aktuell Nachrichten vom 12.1.2018 – (www.mdr.de/nachrichten/vermishtes/prozess-adrian-ursache-landgericht-halle-100.html; 30.1.2018)
- Speit, Andreas (Hrsg.) (2017a): Reichsbürger – Die unterschätzte Gefahr. Berlin: Ch. Links Verlag
- Speit, Andreas (2017b): Reichsbürger – eine facettenreiche, gefährliche Bewegung, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 7 ff.
- Stahl, Trystan / Homburg, Heiko (2015): „Souveräne Bürger“ in den USA und deutsche „Reichsbürger“ – ein Vergleich hinsichtlich Ideologie und Gefahrenpotenzial, in: Dirk Wilking (Hrsg.) (2015a), S. 201 ff.
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2010): Statistische Berichte B VII 2-5/09S vom 25.3.2010 (www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/B_VII_2_5_09_S.pdf; 29.1.2018)
- Turner, Zeke (2016): Extremist Group Leader Injured in Shootout With German Police, in: The Wall Street Journal vom 25.8.2016
- Wellsow, Paul (2017): Kein Frühwarnsystem – Eine Spurensuche nach den Reichsbürgern in Verfassungsschutzberichten, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 159 ff.
- Wilking, Dirk (Hrsg.) / Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung (2015a): „Reichsbürger“ – Ein Handbuch, Potsdam: Eigenverlag
- Wilking, Dirk (2015b): Die Anschlussfähigkeit der „Reichsbürger“ im ländlichen Raum aus der Sicht des Mobilien Beratungsteams im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung, in: Dirk Wilking (Hrsg.) (2015a), S. 175 ff.
- Wilking, Dirk (2017): Reichsbürger in den Regionen – Die Auseinandersetzung mit Mischszenen auf der kommunalen Ebene, in: Andreas Speit (Hrsg.) (2017a), S. 99 ff.
- Wittl, Wolfgang (2017): „Reichsbürger“ immer gewalttätiger, in: Süddeutsche Zeitung vom 16.2.2017